

Herforder Zeitung

Bezugspreis 3600 M.
monatlich. Bei Postbezug
3600 M. u. Postgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntagen und Feiertagen, mittags

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Ruffe
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

Verlagspreis Nr. 83
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt-Hammann

Anzeigenpreis 75.00 M.
die 1 spalt. Millimeterzeile ober
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford
Reklamen die Zeile 300.00 M.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 89.

Herford, Dienstag, den 17. April 1923

41. Jahrgang

Rede des deutschen Aussenministers im Reichstag.

Der deutsche Außenminister hat gestern im Reichstage seine mit Spannung erwartete Rede gehalten. Er erwies sich in dieser ersten großen Rede, die er im Plenum des Hauses hielt, als ein sehr beachtenswerter Sprecher, und was er sagte, hielt ein Niveau, das man in Ministerreden in diesem Hause nicht immer findet. Besonders Eindruck macht die Ruhe und Ueberlegenheit, mit der Dr. v. Rosenberg die Dinge behandelte. Es war keine der üblichen Klagereden, die leicht den Eindruck machen, daß der Sprecher von der Last der Sorgen und Geschäfte fast erdrückt werde, hier stand offensichtlich eine Kraft hinter den Worten, die fern von aller Kraftheberei stehend auf die Hörer wirkte. Auch im Ausland wird die ruhige, aber feste Haltung dieser Rede erkennen lassen, daß dem deutschen Volke der Mut und der Glaube an seine Zukunft nicht geschwunden ist. Die maßvolle Art, in der der Minister in besonders glücklichen schlagenden farastischen Wendungen Herrn Poincaré Antwort erteilte, wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Der Sprecher der Sozialdemokratie, der auf den Minister folgte, dankte ihm ausdrücklich für seine Besonnenheit.

wtb. Berlin, 16 April. Aus Anlaß der Beratung des Etats des auswärtigen Amtes im Reichstage hielt heute nachmittag 2 Uhr der Reichsminister des Auswärtigen, von Rosenberg, eine ausführliche Rede über das Reparationsproblem im allgemeinen und den Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet im besonderen. Der Reichsminister dankte zunächst den

Deutschen im Auslande

für ihre Anhänglichkeit und tätige Hilfe und führte dann aus: Der Ausgang des ungleichen Kampfes im Ruhrgebiet und im Rheinland wird von weltgeschichtlicher Tragweite sein. Gelänge es Frankreich, die waffenlose Bevölkerung auf die Knie zu zwingen, so wäre der Militarismus für alle Zeiten triumphiert und für den Gang der Weltpolitik würde künftig nur die Zahl der Bajonette entscheiden. Er weist sich aber, was wir mit unerschütterlicher Zuversicht hoffen, der Waffenlose als unüberwindlich, so ist der Beweis erbracht, daß die Macht kriegerischer Wüstungen und militärische Gewalt ihre Grenzen haben und daß der auf

Recht gestiftete geschlossene Wille eines Volkes

mehr ist und stärker ist, als Kanis und Maschinengewehre. Am Rhein und an der Ruhr wird nicht um Holz und Kohle, sondern um Fortschritt und Glück des Rechts- und Friedensgedankens gerungen. Unser Ziel ist ein reines Verteidigungsziel, darum sind auch unsere Abwehrmaßnahmen rein defensiv. Kraft und Erfolg unserer Abwehr hängen davon ab, daß es so bleibe. Daher die immer wiederholte Mahnung der Regierung zur

Selbstbeherrschung und Besonnenheit.

Was wir können, ist, durch Standhaftigkeit zur Freiheit zu gelangen, zu einer Freiheit, die schwer belastet ist mit Leistungen, die bis an die Grenze unserer Kraft gehen und an deren Erfüllung das deutsche Volk glauben muß, um sie erfüllen zu können. Probleme, die neben der politischen auch eine wirtschaftliche und psychologische Seite haben, sind mit Gewalt nicht zu lösen.

Die gegenwärtige Regierung hat die Note vom 14. November 1922 durch praktische Ergänzungsvorschläge in einem Brief des Reichsministers an den Ministerpräsidenten Bonar Law am 19. Dezember ausgebaut. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Darauf beschloß wir, es auf wirtschaftlichem und politischem Wege zu versuchen. Unser Vorschlag wurde abgelehnt, aber, wie bei der Pariser Dinar-Konferenz gar nicht zugelassen. Bei dem vom Staatssekretär Bergmann nach Paris gebrachten Plan handelte es sich um ein

festes Angebot von 20 Milliarden Goldmark

zu 5 Prozent verzinslich und nach Möglichkeit im Wege einer internationalen Anleihe aufzubringen. Und diese 20 Milliarden sollten sich nach vier und acht Jahren um je fünf Milliarden auf

zusammen 30 Milliarden

erhöhen, wenn das internationale Anleihekonkordat die Leistungsfähigkeit Deutschlands als gegeben erachtete. Das für Paris geplante Angebot von 30 Milliarden Goldmark war das, was wir bei äußerster Kraftanstrengung damals noch übernehmen zu können glaubten. Inzwischen sind durch den Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet und in andere Gebiete Deutschlands, die wichtigsten Kraftzentren der deutschen Wirtschaft lahmgelegt, große Werte vernichtet. Deutschlands Fähigkeit zur Zahlung von Reparationen ist durch diesen Eingriff nicht vergrößert, sondern verringert worden. Dennoch glaubt es, daß die Lösung eines Tages gefunden werden muß und gefunden werden wird und von dem damals in Paris so tiefmütig behandelten deutschen Volk ihren Ausgang nehmen wird. Deutschland ist bereit und gewillt, zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen zu arbeiten, zu opfern und zu zahlen,

was immer in seiner Kraft steht.

Dies ist der Inhalt, aber auch die Grenze seiner Verpflichtung. Wie sollen von der Stelle, die die letzte Verantwortung trägt und unter allen Umständen das halten will, was sie verspricht, Zahlen genannt werden, bevor wir wissen, wann und in welcher Form die elementarsten Voraussetzungen für eine höchste Leistung, nämlich die Wiederherstellung der deutschen Arbeit durch Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete, Abbau der Besatzung der Rheinlande, endgültiger Verzicht auf jede Sanktion und Pfänderepolitik und Gewährung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung erzielt werden!

Die Reichsregierung hat nach anderen Wegen gesucht, um der täglich sich verschärfenden Spannung und wirtschaftlichen Verwirrung,

unter der Europa leidet,

ein Ende zu bereiten. Zu praktischen Ergebnissen haben auch diese Bemühungen nicht geführt. Deutschlands Wirtschaftskraft bewegt sich, solange die jetzigen Verhältnisse in Europa andauern, unrettbar und unentzerrbar

auf der absteigenden Linie.

Der Minister ging sodann auf die Sicherheitsfrage ein. Anstatt von der Sicherheit Frankreichs zu sprechen, läge es nahe, zu untersuchen, wie sich die Widerwehr ähnlicher Attentate, die der Ruhrs einbruch hervorbrachte, verhindern lasse und welche Garantien Frankreich zu geben bereit ist, um im Interesse der Befriedung Europas eine ruhige Entwicklung der deutschen Verhältnisse zu gewährleisten. Pläne, die sich mit der Errichtung eines selbständigen Rheinbundes oder der Uebertragung von Verwaltungsbefugnissen auf internationale Organisationen beschäftigen, gehen über den Vertrag von Versailles hinaus und sind

für uns undiskutierbar.

Zu einer solchen Entwicklung die Hand zu bieten oder auch nur Voraussetzungen zu schaffen, die dazu führen könnten, ist keine Regierung in Deutschland bereit. Die Rheinlande und die Rheinländer sind und bleiben deutsch. Ebenfalls annehmbar ist für uns eine weitere Schmälerung unserer Hoheitsrechte, in welcher Form auch immer sie angestrebt werden mag. Was wir tun können, um vorläufige oder wirklich vorhandene französische Befugnisse zu verhindern, liegt auf dem Gebiete des Burgfriedens der am Rhein interessierten Staaten, den Herr Poincaré im Dezember vorigen Jahres zurückwies. Auch zu weitgehenden Schiedsgerichtsverträgen und anderen friedensförmigen Vereinbarungen war und ist die Reichsregierung bereit, wenn die Vereinbarungen auf dem

Boden der Gegenseitigkeit

ruhen und unsere Hoheitsrechte unangefastet bleiben. Unannehmbar für die Regierung ist auch das in Paris bekräftigte und in Dünkirchen erneut verkündete System der etappenweisen Räumung.

Der Minister ging zum Schluß auf die

gefehrte Rede des französischen Ministerpräsidenten

ein, indem er ausführte: Starrsinnig und unfriedfertig hält der französische Ministerpräsident an seinen Forderungen und seinem Machziel fest. Der Minister wies gegenüber Poincaré nach, daß seine Behauptung unrichtig sei, wonach es nun erwiesen sei, daß Deutschland die Kohlen in voller Höhe hätte liefern können. Was die Devisen anlangt, so würden sie allerdings dazu verwendet, um das deutsche Volk vor Hunger zu schützen. Die von Poincaré angegriffene Schutzpolizei ist eine von den Alliierten in allen Einzelheiten ihrer Aufgabe und Ausübung gebilligte Einrichtung, die mit einer militärischen Organisation nicht das Mindeste zu tun habe. Hier war überhaupt nichts zu entlarven. Poincaré wagte zu behaupten, daß das Ruhrunternehmen ohne Gewalt und Provokationen verlief und dies angesichts der Reize von Keten bis zum Essener Aufstand, angesichts der Tausende von Mißhandelten, Verfolgten und Vertriebenen und angesichts der unendlichen Fälle von Rechtsbrüchen, die sein Unternehmen

zu einer einzigen Gewalttat und einer dauernden Provokation

gestempelt haben.

Zum Schluß sagte der Minister: Viele Europäer erhofften sich von der wirtschaftlichen Kooperation der beiden Völker einen neuen Aufschwung Europas. Solange aber Frankreich die Kraft zu einem solchen Entschlusse nicht findet, gibt es für uns nur eines,

weiter die Zähne aufeinander zu beißen

und zusammenzustehen und im Vertrauen auf unser Recht, gestützt auf die sittlichen Kräfte unseres Volkes, auf seinen Willen zum Leben und seine Liebe zum Lande im Widerstande auszuharren. Die Reichsregierung wird sich nicht dazu hergeben, zur Befestigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten die Zukunft unseres Volkes zu opfern. Die Erkenntnis aber, daß es sich am Rhein und an der Ruhr um die Zukunft handelt, um das Glück unserer Kinder und Kindeskinde, diese Erkenntnis ist es, die der heute lebenden Generation die Pflicht auferlegt und die Kraft gibt, die Probe zu bestehen. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Müller-Franken (Soz.) stellt mit Bedauern fest, daß die Dünkirchener Rede Poincarés mit allen Requiriten der Kriegszeit arbeite: Durchhalten bis zum Endziel, das führe zum

Das Neueste vom Tage

Die Ausschreitungen gegen die Deutschen in Oberschlesien veranlassen den Generalkonsul in Dentschen, an die Wojwodschast in Kattowitz das Ersuchen zu richten, den Ausschreitungen ein Ende zu machen. Es besteht Gefahr, daß in den deutschverbliebenen Gebieten Gegenmaßnahmen ergriffen würden.

Gestern konnte der schwerverletzte Flugzeugführer Noack vernommen werden. Nach seinen Aussagen ist die Flugunglück auf dem Tempelhofer Felde auf unregelmäßigen Gang des Motors zurückzuführen.

Die schwedische Samariterjambung für Deutschland brachte bis jetzt 470 000 Kronen unter Beteiligung von 1370 Gemeinden.

Durch eine Razzia der Londoner Polizei wurde ein großes irisches Komplotz aufgedeckt, das auf einen Mord prominenter Persönlichkeiten und die Zerstörung wichtiger Anlagen hinielte.

Kurse:

Dollar 21250
Gulden 8300.

Bankrott. Der gewaltlose Widerstand habe uns die Sympathien der Welt eingetragen. Wir müssen aber alles tun, um die lange Zeit abzukürzen. Andererseits müßte die Politik der Sanktionen aufgegeben werden. Auch die französischen und belgischen Arbeiter wünschen Verhandlungen. Es muß alles geschehen, um neue Kriege zu verhindern. Auch die Sozialdemokraten wären einverstanden, wenn durch Vermittlung Amerikas eine Vereinbarung über den Friedenspaß möglich wäre. Sie seien bereit zu jeder Politik, aber nicht zu solcher, die einer verschleierten Annexion gleich käme. Rheinland und Pfalz müßten deutsches Land bleiben.

Hg. Marx (Zentr.) bedauert, daß wir immer noch mit Mißverständnissen und Vorurteilen im Ausland rechnen müssen. Dem Kabinett Wirth sei es zu danken, daß im Frühjahr 1921 die Bank von England die Leistungsfähigkeit Wirths bezüglich des Versailles Vertrages festgestellt hat. Frankreich wollte aber keine Reparationen, sondern die Ruhrbesetzung, obwohl auch seine Wirtschaft schwer geschädigt wird. Der Redner dankt dem Minister dafür, daß er die Frage der Neutralisierung des Rheinlandes für undiskutabel erklärt hat. (Beifall.)

Hg. Dr. Hoersch (Dn.) sieht einen Erfolg des passiven Widerstandes in der internationalen Erörterung der Frage. Der Redner dankt der heldenhaften Bevölkerung des Ruhrgebietes und stimmt der Forderung zu, daß an der Form eines gewaltlosen Widerstandes festgehalten werde.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr zur Weiterberatung. Schluß 1/7 Uhr.

Betrunkene Soldateska.

wtb. Herft (Emfcher), 16. April. Große Erregung rufen hier die Ueberfälle hervor, die Soldaten der Besatzungstruppen verüben. Ruhig ihres Weges gehende Einwohner werden in vielen Fällen von den betrunkenen Soldateska bei diesen Ueberfällen mit den Waffen bedroht. Am 10. 4. ereigneten sich vier von einander unabhängige Fälle. Amtmann Schumacher hat die Ueberfälle mit dem Ersuchen mitgeteilt, die Beschuldigten zur Verantwortung zu ziehen, und den Beraubten das geraubte Gut wieder zurückzuerstatten. Er hat den Bescheid erhalten, daß man die Schuldigen zu ermitteln suchen werde. Heute früh sind auch die Zechen Nordstern 3 und 4, die Zechenbahnen und der Güterbahnhof Herft-Nord besetzt worden, und zwar von einem größeren Aufgebot von Belgiern, während hier sonst nur Franzosen



Lagen. Französische Truppen haben auch wieder eine Schule besetzt.

Holzdiebstähle.

wtb. Karlsruhe, 16. April. In den besetzten Häfen Mannheim und Karlsruhe sind sämtliche Vorräte von Holz von den Franzosen beschlagnahmt worden.

Besehung neuer Bahnhöfe.

wtb. Essen, 16. April. Die Bahnhöfe Oberhausen, Horst (Emscher), Ranzel und Mengede sind gestern erneut von den Franzosen besetzt worden.

wtb. Bochum, 16. April. In der Nacht vom 15. zum 16. April ist das Zentrum der Stadt abgesperrt worden. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

wtb. Herne, 16. April. Die Franzosen richten in Herne Kasinos für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften ein. Sie requirieren dazu die Einrichtungen aus Lebensmittelgeschäften.

Fristverlängerung für Essen.

wtb. Essen, 16. April. Für die angebliche durch Deutsche erfolgte Ermordung des französischen Soldaten Schmidt war der Stadt Essen eine Geldbuße von 105 Millionen Mark auferlegt worden. Für die Zahlung dieser Summe haben die Franzosen gestern nachmittag einen unbegrenzten Zahlungsausschub gewährt, ohne die Gründe hierfür anzugeben.

Gegen jeden „Selbstschutz“.

Gegen den sogenannten proletarischen Selbstschutz

Scheint nun endlich die preussische Regierung energisch vorzugehen zu wollen. In einem Erlass des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, den die wiedererschienene „Kote Fahne“ wuchsend veröffentlicht, wird auf die doppelte Gefahr dieser Selbstschutzorganisationen hingewiesen, die nicht nur die Staatsautorität gefährden, sondern auch den rechtsradikalen Organisationen willkommenen Handhaben bieten, sich ihrerseits zu bewaffnen. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß die rechtsradikale Gefahr in gegenwärtiger Zeit die größere ist und mit allen Mitteln ferngehalten werden muß. Aber die einfache Gerechtigkeit gebietet, die gleiche Energie gegen die Linksgewalt aufzuwenden, die an verschiedenen Stellen in Preußen ganz offen und ungeheuer mit ihren Hundertschaften vorgeht. Wenn jetzt „in geeigneter Weise“ dieser proletarische Selbstschutz bekämpft wird, so kann man der preussischen Staatsregierung nur Erfolg dabei wünschen.

Herford und Minden-Karlsruhe

Was ist das Leben?

Ein bißchen Wandern durch die Welt,
Bald holperig, bald eben,
Wie's Gott gefällt. O. R. Bernhardt.

17. April.

Die Wohnungszwangswirtschaft.

Von einem Hausbesitzer erhalten wir nachfolgende Zuschrift, die einige bemerkenswerte Gesichtspunkte enthält, an denen man nicht vorbeigehen sollte.

In unsere wieder frei gewordene Wirtschaft ragen, wie unbewegliche, den Verkehr hindernde Steinblöcke noch immer einige Ueberreste aus der Zwangswirtschaft der Kriegszeit hinein. Eine davon, die Getreidemilane hat der Reichstag vor einigen Tagen endgültig zu beseitigen beschlossen. Die Wohnungszwangswirtschaft gilt dagegen vielen noch als ein Blümlein Nützlichkeit. Es muß freilich anerkannt werden, daß die Dinge hier insofern schwieriger liegen, als die Wohnungsnot in Deutschland unverändert fortbesteht. Während man z. B. das zur Versorgung der Bevölkerung notwendige nötigenfalls aus dem Ausland einführen kann, sind bisher noch keine Mittel und Wege gefunden worden, um das vorhandene Defizit an Wohnungen zu

decken. Der Wohnungsbau durch öffentliche Körperschaften hat sich als völlig unzureichend erwiesen, und die Wohnungsbauabgabe hat man nur deshalb nicht abgeschafft, weil man sonst den Bankrott der ganzen Wohnungszwangswirtschaft befürchten hätte. Zugestehen müssen, und weil man für den Fall der Abschaffung der Wohnungsbauabgabe überhaupt keinen Ausweg gewußt hätte, um weiterhin noch Wohnungen zu bauen. Angesichts des Mißverhältnisses, das gegenwärtig zwischen Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot besteht, würde natürlich eine plötzliche Aufhebung der gesamten Wohnungs- und Mieterrechtsgesetzgebung zu einer unerträglichen Preissteigerung der Wohnungsmieten führen.

Wenn dieser radikale Uebergang zur freien Wohnungswirtschaft aber auch heute unmöglich ist, so schließt das keineswegs aus, daß mit dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft einmal begonnen wird. Das ist umso notwendiger, als diese ihren Zweck, die Wohnungsmieten niedrig zu halten und eine Verteuerung der Lebenshaltung durch eine starke Mietsteigerung zu verhindern, heute garnicht mehr zu erfüllen vermag. Seitdem man gezwungen war, die Unkosten für die Erhaltung der Häuser und der Wohnungen den Mietern aufzuerlegen, weil die Hausbesitzer diese Lasten einfach nicht mehr tragen konnten, ohne wirtschaftlich zusammenzubrechen, sind die Aufwendungen, die die Mieter für ihre Wohnungen zu machen haben, sehr stark gesteigert worden. Der Mittelstand muß vielfach bereits wieder ein Zehntel seines Einkommens für Wohnungszwecke ausgeben. Es kann kaum mehr einem Zweifel unterliegen, daß sich das Verhältnis der Mietaufwendungen zum Einkommen der Bevölkerung allmählich von selbst wieder dem früheren Friedensverhältnis annähert. Damit vermindert sich aber auch immer mehr das Interesse, das der Mieter an einer Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft hat. Schließlich kann und darf der Mieter garnicht wollen, daß der reelle und solide Hausbesitz durch die Wohnungszwangswirtschaft völlig zugrunde gerichtet wird, weil sonst die Häuser in den Besitz des ausländischen und inländischen Spekulationskapitals übergehen würden, das sich nur um die in dem Hause stehenden Realwerte, weniger aber um deren Ertragsfähigkeit und am wenigsten um die Frage der Wohnungen kümmert.

Der gegenwärtige Zeitpunkt, in dem eine gewisse, wenn vielleicht auch nur vorübergehende Stabilisierung des Geldwertes, der Preise und auch der Löhne hergestellt worden ist, erscheint besonders geeignet zu einem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, der verhassten Wohnungsmieten mit ihrer nicht immer einwandfreien Wirtschaft und des ungeheuren toten Verwaltungsapparates, den letzten Endes doch die Allgemeinheit, also auch die Gesamtheit der Mieter bezahlen muß. Aufrecht erhalten müssen nur diejenigen Bestimmungen werden, die den Mieter vor einer allzu starken Steigerung der Mieten schützen. Regelung der Mieten und Kündigungsschutz der Mieter werden auch weiterhin notwendig sein. Dazu brauchen wir aber keineswegs das ungeheure System der Wohnungsmieten mit seinen viel zu hohen Unkosten. Bei ihnen müßte der Abbau zunächst einmal begonnen werden. Mit dem Gelde, das hier erspart werden kann, könnten Staat und Gemeinden schon eine ganze Menge neuer Wohnungen bauen. Der private kapitalistische Wohnungsbau ist und bleibt freilich die einzige Rettung aus der heutigen Wohnungsnot. Er wird erst wieder einsetzen, wenn die Mieten den Herstellungskosten der Wohnungen sich angepasst haben. Man sollte dieses Ziel der Wohnungspolitik niemals ganz aus den Augen verlieren.

h. 9000 Mark für ein Pfund Fettel. In unserer Sonnabendausgabe berichteten wir, daß auf dem letzten Viehmarkt 8000 und gar 9000 Mark für ein Pfund Lebendgewicht bei Ferkeln gefordert wurde. Hoffentlich erfahren diese Fälle unerhörten Wuchers recht schnelle gerichtliche Bestrafung. Ein Weg zur Verhütung derartiger Wuchers scheint die Marktgereichte zu sein, wie sie jetzt probeweise in Berlin eingeführt wurden. Der amtliche preussische Pressedienst schreibt darüber: Ein Haupterfordernis wirksamer Wucherbekämpfung ist schnelle Justiz. Auf Antrag des Präsidenten des Landespolizeiamtes hat daher, wie wir berichteten, das preussische Justizministerium Marktgerichte, wie sie seit längerer Zeit in Thüringen bestehen, probeweise zunächst auf den Märkten in Berlin eingerichtet. Von Beamten der Wucherabteilung des Polizeipräsidiums werden in Zukunft Händler und Erzeuger, die in der Zentralmarkthalle und auf

den Wochenmärkten des Wuchers verdächtig sind sowie gegen die Vorschriften über Handelsverbot, Preisauszeichnungen usw. verstoßen, dem in der Nähe in Bereitschaft befindlichen Marktgericht vorgeführt. Dieses besteht aus dem Staatsanwalt, einem Richter und dem Protokollführer und ist in der Lage, sofort hohe Geldstrafen zu verhängen. Am 12. April sind die Marktgerichte an einigen Stellen in Berlin zum ersten Mal in Tätigkeit getreten. Beamte des Landespolizeiamtes, die wegen der Bedeutung dieser Neueinrichtung zunächst mittig sind, haben Händler vorgeführt, die weder eine Handelsverbot hatten oder Großhandel trieben, obwohl sie nur im Besitz eines Wandergewerbescheins waren, und endlich solche, die gegen die Verordnung über die Anbringung von Preisschildern verstoßen hatten. Die Marktgerichte erkannten auf Geldstrafen von 10 bis 25 000 Mark, die von den Verurteilten sogleich bezahlt wurden. Als in der Zentralmarkthalle bekannt wurde, daß Beamte des Landespolizeiamtes erscheinen würden, waren binnen kürzester Frist an sämtlichen Ständen Preisschilder ausgehängt.

— Senkung des Milchpreises? Der westfälische Milchpreisausschuß hat, wie bereits mitgeteilt, beschlossen, den bestehenden Milchpreis für diesen Monat unverändert zu lassen. In der nächsten, Ende dieses Monats stattfindenden Sitzung soll darüber Beschluß gefaßt werden, ob eine mäßige Senkung des Preises ab 1. Mai möglich ist. Aller Voraussicht nach wird sie beschlossen werden, wenn bis dahin die Kaufkraft der Mark nicht weiter sinkt und die Milchtiere in den Weiden ernährt werden können; diese beiden Punkte werden auch bei der weiteren Festsetzung der Sommermilchpreise von ausschlaggebender Bedeutung sein.

— Ab 1. Juli keine Brotkarten mehr. Die Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft wird voraussichtlich zum 1. Juli dieses Jahres erfolgen. Von diesem Zeitpunkt ab werden auch keine Brotkarten mehr ausgegeben werden. Der Brotpreis wird sich nach dem Marktpreis richten, man hofft, daß das Brot im freien Verkehr im Sommer den augenblicklichen Preisen angepasst werden kann. Für Minderbemittelte wird der Brotpreis herabgesetzt werden, die erforderlichen Mittel hierfür werden durch Zuschläge zur Vermögenssteuer aufgebracht werden, die im Mai vom Reichstage beschlossen werden sollen. Durch den Fortfall der Reichsgetreidestelle und der übrigen Verwaltungen wird eine beträchtliche Ersparnis erzielt werden, so daß selbst bei höchsten Milchpreisen kaum mit einer bedeutenden Erhöhung der Brotpreise zu rechnen ist. Gegebenenfalls rechnet das Ernährungsministerium sogar bei weiterem Preisabfall mit einer Senkung der Brotpreise. — Die Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft wird voraussichtlich im Herbst 1923 erfolgen.

h. Frühlingsweiden und Baumrebel am Otto Weddigen-Weier. Die Obstbaumblüte beginnt, Bäume und Sträucher überziehen sich mit frischem Grün, jetzt ist's besonders schön in den Anlagen am Bergertor, wenn man durch das zarte Birkengrün vom Otto Weddigenufer den Fluß hinausblickt. Geht man aber durch die Allee selbst spazieren, dann muß man sich ärgern, ärgern über die Rohheit mancher Burschen, die sich an den jungen Stämmen ausgelassen hat. Eine große Anzahl von Stülpfählen ist aus der Erde gerissen und weggeschleppt worden. Die Stadt hat die Pfähle vor einiger Zeit stillschweigend ergänzt, und das Resultat? Allein auf der kurzen Strecke vom Bergertor bis zur Melcherbrücke fehlen heute schon wieder acht Stützen, sodaß die Bäume jeden Hales und Schutzes beraubt sind. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß eine Anzahl junger Birken von gewissenlosen Buben abgebrochen ist, nicht jetzt erst, sondern nach und nach. Auf der eben genannten Strecke flaffen sieben Ruten in der schönen Allee. — Das lichterleue Gefindel in Herford wird von Tag zu Tag frecher, was soll nur noch daraus werden?!

— Die Beamtengehälter im April. Entgegen anders lautenden Meldungen muß darauf hingewiesen werden, daß die Auszahlung eines insgesamt vollen Monatsgehaltes an die Beamten und Staatsarbeiter keine vorübergehende Erhöhung oder einmalige Abfindung darstellt, sondern daß sie dieselbe Wirkung hat wie eine prozentuale Erhöhung des Teuerungszuschlages. Das durch die jetzige Erhöhung ge-

Die Abenteuer des Grafen Mellenheim.

21. A. man von Gertrud v. Brodtkorf.
Copyright 1922 by Ernst Reiks Nachf.
(Aug. Scherl) G. m. b. H. Leipzig.

Das Bild zerfloß. Mellenheim näherte sich seinem Hause. Ein Fiafer kam von der entgegengekehrten Seite und hielt plötzlich, als ob er auf den abgelassenen Nachtportier gewartet hätte. Eine Dame im schwarzen, seidigglänzenden Pelzmantel, einen hellblauen Reiterbusch im hochblonden Haar, stieg aus dem Wagen.

Mellenheim erblickte und fühlte wieder das sonderbare Zittern in den Knien. Im nächsten Augenblicke erkannte er, daß die Dame vor ihm nicht die Gräfin Soluffeff war. Sie hatte ein schmales, weißgepudertes Gesicht und rotenne Lippen, denen man die Schminke ansah. Sie war hoffnungslos alt und hatte einen gemeinen Zug um den Mund.

Eine Dirne, dachte Mellenheim. Ein Frösteln überfiel ihn. Ihm war, als sähe er das gealterte Spiegelbild der Gräfin Soluffeff. Seine Blicke fielen auf dem weißen Gesicht der Frau fest, die den Kutscher entlohnt hatte und nun auf die Haustür zukam. Sie lächelte unter seinem Blick. Geschnittenste Eitelkeit und Geringschätzung lagen in diesem Lächeln.

Mellenheim öffnete die Haustür. Die Frau dankte mit einem kurzen Neigen des Kopfes und trat an ihm vorbei in das Stiegenhaus. Mellenheim verspürte wieder das leise, seidige Rauschen und den betäubenden Moschardust, der ihn

vor ein paar Wochen bis in sein Zimmer verfolgt hatte. Etel übermannte ihn.

Er blieb neben der Haustür stehen und wartete, bis die Frau die Treppe hinaufgestiegen war. Jemand trete ein Schlüssel im Schloß. — Mellenheim begann langsam, mit bleichen Gliedern die unzähligen Stufen zu seiner Wohnung hinaufzuklettern.

9.

Julie schrieb:

„Liebster, wir wollen tapfer sein, und es dem Schicksal nicht gönnen, daß es uns besiegt. Wieviel schwerer mußt Du durchgemacht haben, damit Du Deinen letzten Brief schreiben konntest! Und ich soll Dich preisgeben, weil es zu kämpfen gilt? Kennst Du mich so wenig? Kennen wir beide uns so wenig?“

Mellenheim las den Brief dreimal hintereinander und empfand eine brennende Sehnsucht nach jener Stunde, als er neben Julie auf der Bank gesessen und dem klagenden Vogelruf gelauscht hatte. Er glaubte während des Lesens Julies Stimme zu hören, ihre warme ruhige Stimme, deren Klang wie eine streichelnde Berührung auf ihn wirkte. Wie stark und tapfer Julie war! Durfte man schwächer und halbloser sein als sie?

Mellenheim blickte mit verschleierten Augen in das trübe bliche Licht der Petroleumlampe, die vor ihm auf dem Tisch brannte.

Er schämte sich seiner Mutlosigkeit. Er schämte sich seines letzten Briefes an Julie. Er beschloß, ihr zu antworten, sobald er aus dem Dienste zurückkam. Er beschloß, Julie mit schonungsloser Offenheit von seiner neuen Stellung zu berichten und jede Entscheidung, die ihre gemeinsame Zukunft angehe, in ihre Hand zu legen.

Julie war tapferer und weitsichtiger als er. Zwischen den Zeilen ihres Briefes las er, daß sie bei Mrs. Campbell nicht auf Rosen gebettet war. Wer konnte darüber ent-

scheiden, was sich schwerer ertragen ließ: die Nadelstiche einer launenhaften Herrin oder ein grüner Livrefragen, der einem die Kehle zusammenschnürte? —

Mellenheim warf einen Blick auf die Uhr und sahob Julies Brief in die Brusttasche.

Es war Zeit, ins Hotel zu gehen. Draußen fiel der Schnee in großen, weichen Flocken. Die Dächer der Glockengasse standen weiß im schwarzen Himmel.

Mellenheim hatte den Tag über geschlafen und fühlte sich ausgeruht wie ein biederer Bürger, der mit frischen Kräften an sein Tagewerk geht.

Man gewöhnte sich allmählich an dieses Leben. Man gewöhnte sich an alles.

Er machte sich zum Ausgehen fertig. Die Gräfin Soluffeff fiel ihm ein. Was es denkbar, daß eine Frau vom Schlage der Gräfin einen armen Teufel, der wie ein Zweifelter um seine Existenz rang, mehrere Tage bis in seine Träume hinein verfolgen konnte? War es möglich, daß man an eine Gräfin Soluffeff dachte, wenn man Julie Palady an seiner Seite wußte?

Er suchte die Achseln und lächelte nachsichtig über seine eigene Torheit.

Dann ging er. —

Die Straßen war weiß und weihnachtlich. In den Bäumen standen Modellhüte und Seidenkleider unter Tannengrün und flammenden Kerzenbögen, während draußen in den Vorstädten kalte starrende Hände jeden Holzschilder zählten, bevor sie ihn in den hürigen Ofen schoben und trübbewordene Augen sich gierig um jedes erbeutete Lichtschäufchen drängten. Die Spiegeleisen der großen Kaffeeflässe waren erneuert worden; wohlgeleibete, gutausgelebte Menschen saßen hinter den Marmortischen und überschlugen in Gedanken ihre letzten Vorlesungen. Nichts erinnerte mehr an jenen Abend, an dem hier Scherben geklirrte und brüllende Haufen zwecklose Verwüstung angerichtet hatten.

(Fortsetzung folgt.)

sowie ge-
samtliche
lichkeit be-
aus dem
führer und
gen. Am
en in Ber-
des Lan-
neueinrich-
geführt, die
andel trie-
verbesse-
nung über
atten. Die
bis 25 000
urden. Als
Beamtete des
innen für-
ausgehängt.
fische Milch-
pflöffen, den
ändert zu
tastfinden
eine mähige
er Voraus-
dahin die
Richtlinie in
den Punkte
unermild-

Aufhebung
lich zum 1.
zeitpunkt ab
den werden.
richten, man
Sommer den
Für Min-
werden, die
auschläge zur
Mai vom
den Fortfall
kungsstellen
so daß selbst
utenden Er-
renfalls rech-
terem Preise
Aufhebung
im Herbst

to Weddigen-
und Stränder
onders schön
ch das zarte
hinausblüht.
n. Dann muß
er Buchsen,
hat. Eine
geriffen und
vor einiger
Weile auf
berbrücke feh-
Bäume jeden
n Umständen
unger Winken
seht erst, son-
anten Straße
das lichte-
cher, was soll

gegen anders
werden, daß
tsgehaltenes an
ergehende Er-
sondern daß
Erhöhung des
Erhöhung ge-

bedeutsche einer
gen, der einem
hr und schob
ußen fiel der
r der Glocken-
en und fühlte
r mit frischen

leben. Man
ie Gräfin So-
ne Frau vom
wie ein Ver-
ge bis in seine
glich, daß man
Julie Palast

htig über seine
lich. In den
unter Tannen-
nd draußen in
lichkeit zählten,
n und trübe-
n Lichtstimp-
nen Raucher-
gutaufgelegte
id überschlugen
lichts erinnerte
en gekürrt und
gerichtet hatten.
egung folgt.)

schaffene Einkommen stellt nämlich die Grundlage für die kommenden Teuerungsverhandlungen dar. Diese Auffassung ihrer Bestätigung in den Erklärungen, die die Vertreter des Reichsfinanzministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstages abgegeben haben. Staatssekretär Schröder, Ministerialdirektor Schlieben gaben dort zu Protokoll, daß die gegenwärtige Zulage keine einmalige Zulage wäre, sondern eine Erhöhung der laufenden Bezüge darstelle und daß die Besorgnisse unberechtigt seien, daß vom Juni ab die ursprünglichen Februargehälter bezahlt würden.

Die Personentaxe sollen, wie der Reichsverkehrsminister im Haushaltsausschuß des Reichstages mitteilte, gemäß eines Kabinettsbeschlusses vor Erledigung der Ruhrfrage nicht geändert werden.

Grenzzulagen vom Versorgungsamt. Die Ehrenzulagen für die Inhaber des Militär-Verdienstkreuzes und Militär-Ehrenzeichens wurden bisher auf Anweisung der Wehrkreisverwaltungsämter und für ehemalige Angehörige der Schutztruppe von der Wiederaufbau-Hauptklasse gezahlt. Seit dem 1. April haben dies die Kasernen der Versorgungsämter übernommen. Dasselbe gilt für die Inhaber von Ehrenzeichen, die von nichtpreussischen Staaten verliehen und den Auszeichnungen gleichzuachten sind.

Teilstreit und Lohnzahlung. Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts entschied in dem aus dem Streit bei der Meier Straßenbahn entstandenen Prozeß, daß bei einem Teilstreit, wodurch der Betrieb stillgelegt wird, die Nichtstreitenden keinen Anspruch auf Lohnzahlung haben. In der Begründung wird auf den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft hingewiesen, durch die das Ergebnis der Arbeit die Grundlage der Lohnzahlung bildet.

Der Schweineerkrankung macht sich, wie uns das Veterinologische Institut der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen mitteilt, wie im vorigen Jahre auch jetzt in erheblichem Maße fühlbar. Die Zunahme der Krankheit ist darauf zurückzuführen, daß den meisten Schweinebesitzern die Kenntnis von dem hohen Werte einer Schutzimpfung vollständig fehlt. Ist dann der Rotlauf einmal ausgebrochen, sind naturgemäß die Schwierigkeiten, ihn durch Heilserum-Einspritzungen zu heilen, größer, als wenn man die Tiere, ehe überhaupt die Rotlaufkrankung zum Ausbruch gekommen ist, durch einen Tierarzt Schutzimpfen läßt. Mit der einfachen Serumimpfung gesunde Schweine vor der Rotlaufansteckung dauernd zu schützen, wie es vielfach von Laien versucht wird, ist ein Unding, da der reine durch das Serum gegebene Impfschutz nur 14 Tage vorhält. Da der Schweineerkrankungsbasis unter ganz natürlichen Verhältnissen fast in jedem Schwein nachgewiesen werden kann und der demnach in vielen Fällen als harmloser Gast im Schweineorganismus verbleibende Erreger plötzlich sehr gefährlich werden kann, erhellt daraus schon die erhebliche Bedeutung der Schutzimpfung, die bei entsprechendem Vorgehen einen einjährigen Impfschutz gewährleistet.

Bestandene Reifeprüfung. Die Reifeprüfung an der höheren Handelschulklasse in Bielefeld bestanden folgende Bewerberinnen: Margarete Barling, Hilde Braune, Itha Höpfer, Elise Köhler, Margarete Schäfermeier und Ella Schmalhorst.

25jährige Arbeitsjubilare. In der Schokoladenfabrik von Kiehl u. Schmalz konnten in diesen Tagen vier Arbeiter auf eine 25jährige ununterbrochene Tätigkeit zurückblicken, und zwar Bonbonkocher Hermann Galar, w. Kader Ernst Luig, Meister Fritz Dücker und Bonbonkocher Heinrich Weikamp. Den Genannten wurde als Anerkennung für die geleisteten Dienste ein Diplom vom Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten überreicht.

Minden. Ein Raubüberfall wurde in der Nacht zum Nacht zum Freitag bei dem Landwirt R. in Todtenhausen verübt. Gegen 4 Uhr früh standen plötzlich vier Männer vor seinem Bett, die sich die Gesichter mit Taschentüchern verhüllten. Mit vorgehaltenem Revolver zwangen sie ihn, aufzustehen und das im Hause befindliche Geld herauszugeben.

Der Reichsverband der Bergarbeiter in Bielefeld.

wtb. Bielefeld, 15. April. Am 13. und 14. April tagte hier der Reichsverband der Bergarbeiter Deutschlands, um zu der Befestigung des Ruhrgebietes Stellung zu nehmen. Der Verbandsvorsitzende gab einen umfassenden Rückblick über die Lage und unterstrich die Notwendigkeit der weiteren Abwehr des französisch-belgischen Rechtsbruches an Rhein und Ruhr. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der ungebrochene Wille, sich nicht fremder Willkür und brutaler Gewalt zu beugen, bekundet wird. Die Konferenz protestiert scharf gegen die Ueberfälle französisch-belgischer Truppen auf eine friedlich arbeitende Bevölkerung, sie weist aber auch den Gedanken weit von sich, durch Abwehr von der bisher erfolgreich angewendeten Abwehr die grausame Gefahr einer blutigen Auseinandersetzung heraufzubeschwören. Es sei heilige Pflicht der Regierung, keine Gelegenheit zur Annäherung einer friedlichen Verständigung unbemerkt vorbeiziehen zu lassen. Die Konferenz ersucht die deutsche Regierung, die Pläne zur Lösung der Reparationsfrage zur internationalen Erörterung zu stellen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt

Braunschweig. Aus der Untersuchungshaft wieder entlassen sind Frau Minna Fajbauer und Fräulein Kaufmann, die unter dem Verdacht festgenommen waren, an Paßfälschungen beteiligt zu sein, die dem ebenfalls festgenommenen August Merges, Engemann usw. zur Last gelegt werden. Aus welchen Gründen die Haftentlassung erfolgte, ist nicht bekannt. — Der wegen der kommunistischen Krawalle festgenommene Rud. Sachs ist wieder auf freien Fuß gesetzt.

Lüneburg. In Lüneburg wurde der Arbeiter Karl Zimmermann aus Lüneburg festgenommen. Er war das Haupt

einer sechsköpfigen Räuberbande, die im Laufe des verfloffenen Winters eine große Menge schwerer Einbruchsdiebstähle hier begangen hat. Die mit den örtlichen Verhältnissen genau vertraute Bande arbeitete so sorgfältig und unter Aufstellung solcher Sicherheitsmaßnahmen, daß sie lange Zeit ihr Unwesen treiben konnte. Endlich aber wurden gleichzeitig drei Mitglieder hier ausgehoben und weitere in Hamburg und Altona entdeckt. Nun wurden fünf der Räuber festgenommen, während der Anführer Zimmermann flüchtete. Jetzt ist auch er vom Schicksal ereilt worden.

Hannover. Freitag abend gegen 8 Uhr ist in einem Hause in der Schuhstraße der 27 Jahre alte Pole Stanislaus Stachera, der verhaftet werden sollte, von einem Beamten der Schutzpolizei erschossen worden, als er sich seiner Festnahme entziehen wollte. Die zwei Schuttpolizisten, die die Verhaftung vornehmen sollten, wurden von dem Polen mit einem Revolver bedroht. Dieser soll auch zuerst geschossen haben. Es entspann sich zunächst ein Ringkampf, wobei der Pole versuchte, den einen Beamten die Treppe hinunterzuwerfen. In der Notwehr machte dann der zweite Beamte von seiner Waffe Gebrauch und streckte den Polen durch mehrere Schüsse nieder, von denen ein Kopfschuß tödlich wirkte. Bei dem Polen wurde eine große Menge Papiergeld, rund 300 000 M., ferner ein Zwanzigmarkstück und ein Zehnmarkstück in Gold und mehrere Silberstücke vorgefunden. Laut einer Mitteilung mit dem Datum des 8. April hat er sich für 110 000 M. Kleidungsstücke gekauft. Die Kriminalpolizei vertritt die Ansicht, in dem Getöteten einen der drei Täter vor sich zu haben, die in der Nacht zum 5. April in Bedelheine bei Meine in das Schlafzimmer der Witwe Niebuhr eindringen, die Frau aus dem Bett holten, zu Boden warfen, mit Betten zudeckten und mit Abhacken der Hände drohten, wenn sie einen Laut von sich gebe. Die beiden anderen Leute, die sich ebenfalls in Hannover aufgehalten haben sollen, haben sich aus dem Staube gemacht.

Selsenkirchen. Der städtische Haushaltsplan für 1923-1924, der zurzeit offenliegt, schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit der gewaltigen Summe von rund 20 Milliarden Mark, gegen rund „nur“ 50 Millionen Mark im Vorjahr, einschließlich zweier Nachträge. Der vorjährige Etat schloß ab in Einnahmen und Ausgaben einschließlich zweier Nachträge mit 4 878 790 000 M. in Einnahmen und mit 4 958 790 000 M. in Ausgaben, sodaß ein Gesamtfehlbetrag von 80 Millionen zu decken war, der auf den diesjährigen Haushaltsplan übertragen wurde. Zu dem diesjährigen Etat kommt noch der besondere Haushaltsplan des Gaswerks, der in Einnahmen und Ausgaben mit 712 000 000 Mark abschließt, sodaß der Gesamtetat abschließt in Einnahmen und Ausgaben mit 24 163 600 000 M. Von dieser Summe gehen ab an Erstattungen in den einzelnen Haushaltungen 4 686 458 000 M., sodaß der Etat balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 19 477 142 000 M.

Berlin. Am 22. Juni 1920 wurde der Kaufmann Wolfner im Berliner Hotel „Münchener Hof“ von den Geschwistern Nögler und dem Drogisten Bod ermordet und beraubt. In der ersten Verhandlung vor dem Schwurgericht wurden Bod und Ernst Nögler zu lebenslangem Zuchthaus, Gertrud Nögler zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe gegen Bod ist rechtskräftig geworden. Gegen die Geschwister Nögler wurde nach Einlegung der Revision noch einmal vor dem Schwurgericht verhandelt. Die Verhandlung wurde aber wegen Verhandlungsunfähigkeit der Gertrud Nögler nicht zu Ende geführt. Jetzt beschäftigte sich das Schwurgericht zum dritten Male mit der Sache. Nach dem Gutachten der medizinischen Sachverständigen beschloß das Gericht die Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten Gertrud Nögler und hob den Haftbefehl gegen sie auf, weil sie in ihrem jetzigen Zustande nicht mehr fluchtverdächtig sei.

Berlin. Von der Berliner Kriminalpolizei wurden der Buchhalter Werich und ein Fabrikarbeiter Köhler, beide aus Offenburg, als Schwerverbrecher entlarvt. Nach Straftaten aller Art, Einbrüchen, Unterschlagungen usw. waren die beiden aus Offenburg, wo sie verheiratet waren, geflohen und in der Revolutionszeit nach Berlin gekommen. Mit Hilfe von Freunden ließen sie ihren Frauen mitteilen, daß sie als Opfer der Revolution gefallen seien und verschafften sich neue Papiere auf die Namen Eich und Zimmermann und gingen nach Pommern, wo sie ihre Vertrauensstellungen mißbrauchten. Als die Stadt von den Polen besetzt wurde, kehrten sie nach Berlin zurück und ließen sich als polnische Flüchtlinge, die ihr gesamtes Hab und Gut verloren hatten, je eine halbe Million auszahlen. Dann verheirateten sie sich zum zweiten Mal und begannen weitere große Veruntreuungen in einer Berliner Fabrik, wo sie Beschäftigung gefunden hatten. Sie verleiteten ferner noch einen Verwalter Reimke, der in einer großen Seidenfabrik angestellt war, zu umfangreichen Diebstählen. Eich ist jetzt verhaftet worden, während sein Freund Zimmermann flüchtig ist.

Rabaliere von heute.

An einem der letzten Abende waren zwei Herren in Damenbegleitung in ein Düsseldorf'sches Kabarett gegangen, um sich einen vergnügten Abend zu machen. Sie waren lustig und guter Dinge und machten Schell's schönem Studentenlied alle Ehre: „Sie tranken immer noch eins!“ Inzwischen war die Uhr vorgerückt, die Zeche auf 45 000 M (!) angewachsen — da zogen die jungen Lebemannner es vor, allmählich das Weite zu suchen. Sie nippten einen Augenblick, als die beiden Damen den Tisch verlassen hatten, geschickt aus, taten erst einen tiefen Griff in die Handtasche der einen Dame K., der — nebenbei bemerkt — 80 000 M. jutage fürborte, und verschwanden dann aus dem Lokal, ohne zu zahlen. In welcher peinlichen Situation sie die beiden zurückließen, läßt sich leicht ausmalen. Noch unangenehmer aber war es für die beiden Zechpreller, daß die Polizei sich der Sache sehr schnell annahm und die beiden denn auch recht bald in sicheres Gewahrjam bringen konnte.

Herzoperationen.

Auf dem in Wien tagenden 35. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin teilte Professor Wendebach mit, daß sein Assistent Professor Gypfinger in sechs Fällen

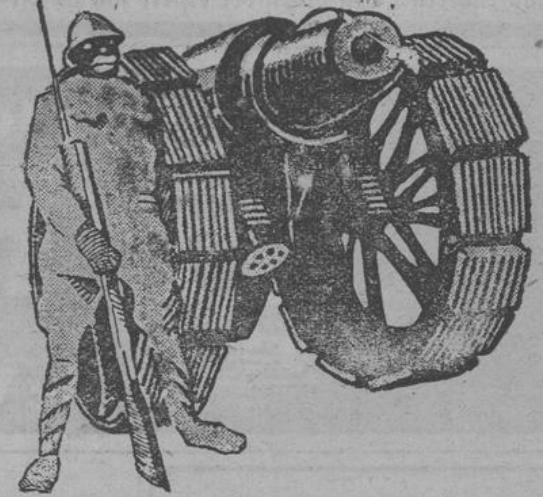
durch Operation des den Blutdruck herabsetzenden Herznerbens schwer herzleidende Kranke von ihren Leiden befreit habe. Er habe diese Entdeckung erst nach 12 gelungenen Fällen bekanntgeben wollen, sich aber schon jetzt zur Veröffentlichung entschließen müssen, da in Amerika die gleiche Operation ausgeführt worden sein solle.

Der älteste Mensch.

In Patagonien ist, wie aus Newyork gemeldet wird, ein fossiler Menschenschädel der Tertiärperiode gefunden worden. Der Anthropologe Franz Boas von der Columbia-Universität erklärte, daß dieser Fund wahrscheinlich fünftausend Jahre älter sei als der des Pithecanthropos Erectus, dessen Alter man auf 500 000 Jahre schätzt. Sollte sich diese Annahme aufrecht erhalten, so würden dadurch alle bisher anerkannten wissenschaftlichen Ansichten über den amerikanischen Erdteil und das Alter der Menschen umgestoßen werden. Der älteste Mensch, den die Gelehrten bisher auf dem amerikanischen Erdteil gefunden haben, stammt aus der Gletscherzeit. Doch auch dieses ist noch nicht einmal genau festgestellt, man fand wohl einen Zahn, doch konnte es nicht einwandfrei bewiesen werden, ob dieser von einem Menschen oder einem Affen her stammt.

Der Wächter der französischen Kultur

Am Rhein und a.d. Ruhr!



Wirtschaftsleben

Devisenturse.

	16. April	14. April
Telegraphische Auszahlungen:	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam 1 Fl.	8249,32	8249,32
Brüssel-Mainzer 1 Frs.	1216,95	1223,07
Christiana 1 Kr.	37,5,53	37,5,53
Kopenhagen 1 Kr.	3972,51	3,91,45
Stockholm 1 Kr.	5603,45	563,55
Göteborg 1 Kr.	54,28	5,7,22
London 1 Pfd. Sterl.	37879,68	9,37,20
Newyork 1 Dollar	21097,12	21097,12
Paris 1 Frs.	1406,17	1413,58
Schwiz 1 Frs.	3386,35	3,54,2
Spanien 1 Ptas.	3229,41	3245,60
Wien (Deutsch-Österr. abg.)	29,66	2,82
Bag 1 Kr.	628,92	632,98
Budapest 1 Kr.	4,69	4,78
Buenos Aires 1 Ptas.	7695,71	7718,16
Bulgarien 1 Boma	153,60	160,40
Japan 1 Yen	997,00	10025,00
Rio 1 Milreis	2264,32	2275,68

Berliner Börse vom 16. April. Die Börse eröffnete die neue Woche in freundlicher Haltung, und die Mehrzahl aller Papiere zeigte neue Kurssteigerungen. Während aber in der Vorwoche der Montanaktienmarkt das Feld beherrschte, hatte, war das Geschäft auf diesem Gebiete heute merklich ruhiger, und wenn auch die Kurse in ihrer Mehrzahl neue Steigerungen zeigten, so waren diese doch geringer als in der Vorwoche und die Umsätze nicht mehr so bedeutend. Dafür war das Interesse der Börse in um so stärkerem Maße auf andere Gebiete gerichtet, so namentlich auf gewisse Spezialitäten des Textilmarktes, wo z. B. Stöhr die gewaltige Kurssteigerung von 42 000 Prozent erzielte. Auch für Bankaktien hielt das Interesse unvermindert an. Bemerkenswert ist es, daß fast allenthalben ein zunehmendes Anlagebedürfnis des Publikums beobachtet wird, und daß aus privaten Kreisen erheblich größere Aufträge als in der vergangenen Woche vorlagen. Nach Feststellung der ersten Kurse schritt die Spekulation auf einigen Gebieten zu leichteren Realisationen, nahm aber sehr bald, wieder Rückläufe vor. Im allgemeinen blieb die Tendenz fest und das Geschäft ziemlich lebhaft.

Die lebhafteste Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, die schon seit einigen Tagen am Devisenmarkt festzustellen ist, hielt auch zu Beginn der neuen Woche unverändert an. Bemerkenswerterweise zeigte sich schon im heutigen Frühverkehr, der sonst in der letzten Zeit ein sehr ruhiges Gepräge trug, ein stärkerer Legeh. In größerem Ausmaß kam die Nachfrage nach Devisen, jedoch wieder erst während der amtlichen Notierung, zum Ausdruck. Die Ansprüche, die infolgedessen heute an die Reichsbank gestellt und von dieser befriedigt wurden, waren recht beträchtlich. Amtlich stellte sich der Dollar auf 21 150 und das englische Pfund Sterling auf 98 250. Dollarnoten waren mit etwa 21 225—21 250 im Verkehr. Nach Feststellung der amtlichen Notierungen hielt die Nachfrage nach Devisen weiter an. Auch für Termin-Devisen zeigte sich wieder lebhaftere Nachfrage, und zwar für London etwa 99 500 per Ultimo April. Ultimo Mai etwa 106—107 000 und per Ultimo Juni 115 500.

Am Markt der Ostdevisen hielt sich auch heute die Umsatztätigkeit in engen Grenzen. Polennoten stellten sich auf etwa 49 G. 41½ B., Warschau etwa ebenso. Estnische Mark 59½—61½, Lettische Rubel 81—83.

